

Ausschreibung

eines

Dienstleisters

für die Aktualisierung und Weiterentwicklung

der Qualitätsstandards RadNETZ BW, die

Anpassung der RadNETZ Musterlösungen

sowie die Zusammenführung mit weiteren

Standards in ein Gesamtdokument

Auftraggeber

Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (VM)
Dorotheenstraße 8
70173 Stuttgart

09.11.2021

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen der Ausschreibung	4
1.1 Auftraggeber	4
1.2 Vergabestelle	4
2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung	4
2.1 Ausgeschriebene Leistung	4
2.2 Losbildung	5
2.3 Zeit / Ort	5
2.4 Vergütung	5
2.5 Vertragsbedingungen	5
3. Ausschreibungsbedingungen	6
3.1 Grundlagen	6
3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote	6
3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen	6
3.4 Zuschlagskriterien	7
3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge	8
3.6 Erstattung von Aufwendungen	8
4. Formale Anforderungen an die Angebote	8
4.1 Abgabe in deutscher Sprache	8
4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)	8
4.3 Vollständigkeit des Angebotes	10
4.4 Bindefrist	10
4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	10
5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung	10
5.1 Ausschlussgründe	10
5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	10
5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit	11
5.4 Bietergemeinschaften	11
5.5 Subunternehmer	11
5.6 Nachweise	12
Teil B: Leistungsbeschreibung	13
6. Ausgangslage	13
7. Arbeitspakete	14
AP 1: Projektsteuerung	14
AP 2: Empfehlungen zu Aktualisierung und Weiterentwicklung der Standards	15

AP 3: Aktualisierung und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards Radverkehrsinfrastruktur Baden-Württemberg	16
AP 3.1: Erstellung Qualitätsstandards „Basisstandard“ (überarbeiteter RadNETZ-Standard)	16
AP 3.2: Entwicklung eines neuen „erweiterten Standards“ für Radverkehrsinfrastruktur	17
AP 3.3: Entwicklung eines Standards für bauliche Umsetzung	17
AP 3.4: Entwicklung von Anforderungen für Unterhaltung	17
AP 4: Aktualisierung/Anpassung/Ergänzung der „Musterlösungen für Radverkehrs-anlagen in Baden-Württemberg“	18
AP 5: Zusammenführung der RadNETZ Qualitätsstandards, Musterlösungen etc. in einem Gesamtdokument	18
AP 6 (Option): Fortlaufende Aktualisierung der Qualitätsstandards und des Gesamtdokuments	19
AP 7 (Option): Fortlaufende Aktualisierung Best Practice Beispiele	19
Anlagenverzeichnis	20

Teil A: Allgemeine Grundsätze der Ausschreibung

1. Grundlagen der Ausschreibung

1.1 Auftraggeber

Auftraggeber (AG) ist das

Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (VM)
Dorotheenstraße 8
70173 Stuttgart

1.2 Vergabestelle

Vergabestelle ist die NVBW - Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (NVBW). Die NVBW wurde im Jahr 1996 im Zuge der Regionalisierung gegründet. Eigentümer und alleiniger Gesellschafter der NVBW ist das Land Baden-Württemberg. Die NVBW berät und unterstützt das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr (VM), insbesondere bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Aufgabenträger und Besteller für den SPNV in Baden-Württemberg. Zudem fungiert die NVBW als Fachstelle für Fuß- und Radverkehrsförderung und innovative Bedienkonzepte. Als Ideengeber und Netzwerkknoten für nachhaltige Mobilität baut die NVBW im Bereich Neue Mobilität die Themenfelder Digitalisierung und Klimaschutz und Mobilität weiter aus. Dabei unterstützt, berät und vernetzt sie Kommunen und Verkehrsverbünde in Innovationsfeldern der Mobilität. Weitere Informationen über die NVBW bietet das Internet unter www.nvbw.de.

Die NVBW handelt im Auftrag des VM und führt die Ausschreibung durch.

2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung

2.1 Ausgeschriebene Leistung

Im Rahmen der systematischen Radverkehrsförderung des Landes Baden-Württemberg sollen die Qualitätsstandards (QS) für das RadNETZ BW aktualisiert und weiterentwickelt werden. Die entsprechenden Musterlösungen sollen ebenfalls angepasst werden.

Im Laufe des Jahres 2022 sollen die neuen QS RadNETZ BW und deren entsprechenden Musterlösungen zusammen mit weiteren Standards, Musterlösungen und Informationsdokumenten insbesondere zu Bau und Betrieb zu einem leicht aktualisierbaren Gesamtdokument „Radverkehrsinfrastruktur Baden-Württemberg“ zusammengefasst und veröffentlicht werden.

Die konkreten Anforderungen der zu erbringenden Leistung ergeben sich aus Kap. 6 ff. / Teil B.

2.2 Losbildung

Eine Vergabe in Losen findet nicht statt, da eine Trennung der Leistungsbestandteile inhaltlich und wirtschaftlich nicht durchführbar ist.

2.3 Zeit / Ort

Die Vertragslaufzeit beginnt mit der Auftragserteilung, voraussichtlich Ende 2021. Die Veröffentlichung des Gesamtdokuments "Radverkehrsinfrastruktur Baden-Württemberg" soll noch im Jahr 2022 erfolgen, erforderliche Nacharbeiten wie die Präsentation der Ergebnisse und die der Bearbeitung weiterer beauftragter Arbeitspakete enden vier Jahre nach Vertragsbeginn.

Ort der Leistungserbringung und Gerichtsstand ist Stuttgart.

2.4 Vergütung

Die Vergütung erfolgt zu dem vereinbarten Entgelt nach Rechnungsstellung. Die Rechnungsstellung kann nur auf Nachweis erfolgen. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist auszuweisen.

Ergänzende Leistungen können nur nach expliziter vorheriger Beauftragung/Freigabe durch den Auftraggeber auf Stunden- bzw. Tagessatzbasis abgerechnet werden.

2.5 Vertragsbedingungen

Der Vertrag kommt mit dem Zuschlag zustande. Vertragsbestandteile werden kumulativ:

- die Ausschreibungsbedingungen aus diesen Verdingungsunterlagen,
- ggfls. nachgelagerte Bieterinformationen,
- die Leistungsbeschreibung aus dem Angebot des Bieters und
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Bieter werden nicht akzeptiert und führen zum Ausschluss. Im Zweifel gehen die Anforderungen aus der Ausschreibung den Ausführungen im Angebot vor, sofern nichts gesondert vereinbart wird.

Es gelten die **Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)** (siehe beiliegend).

3. Ausschreibungsbedingungen

3.1 Grundlagen

Der Auftraggeber geht davon aus, dass der Auftragswert den Schwellenwert für Leistungen nach § 106 GWB **nicht** überschreitet. Das Vergabeverfahren erfolgt als **öffentliche Ausschreibung**.

Die Verdingungsunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden; jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der ausschreibenden Stelle nicht gestattet.

Der Bieter hat, auch nach Beendigung der Angebotsphase, über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg Verschwiegenheit zu wahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung und Vorbereitung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten. Ebenso verpflichtet sich das Land Baden-Württemberg, alle Angebotsunterlagen vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Die Regelungen zum Datenschutz sind auf der Webseite der NVBW veröffentlicht.

3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote

Das Angebot muss vollständig, in deutscher Sprache und von einer zeichnungsberechtigten Person unterschrieben bis zum

Montag, 13.12.2021, 12:00 Uhr

in elektronischer Form bei der

NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH - Vergabestelle

auf dem Portal von **DTVP** unter **www.dtv.de** mit angegebener Nummer vorliegen.

Angebote, die zu diesem Zeitpunkt nicht in vollständiger Form vorliegen, werden nicht berücksichtigt. Die Öffnung erfolgt am selben Tag bei der NVBW. Bieter sind bei der Öffnung nicht zugelassen.

Die Angebote werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vertraulich behandelt. Die von den Bietern erbetenen personenbedingten Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert; siehe dazu die Hinweise unter www.nvbw.de/vergabeverfahren.

3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen

Enthalten diese Verdingungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in ausschließlich schriftlicher Form über das **Portal** darauf hinzuweisen.

Fragen zum Angebot müssen **ausschließlich** schriftlich in deutscher Sprache bis zum

Donnerstag, 02.12.2021, 12:00 Uhr

auf dem Portal von **DTVP** unter **www.dtv.de** mit **angegebener Nummer** eingereicht werden.

Die Antworten werden ebenfalls schriftlich gegeben. Sowohl Fragen als auch Antworten werden, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, in anonymisierter Form an alle Bewerber bekannt gegeben. Die Bieter müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über neue Informationen durch Besuch der Webseite unterrichten.

3.4 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend. Die Bewertung erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien:

1. Preis	40 %
davon Angebotspreis	35 %
davon Preis der Optionen	5 %

2. Projektsteuerung	25 %
Zeitplanung über den Maßnahmenverlauf; umfassende und sorgfältige Planung, Koordinierung und Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte im Kontext der Gesamtmaßnahme, Abstimmung mit den maßgeblichen Stakeholdern, Budgetplanung	

3. Qualität der fachlichen Bearbeitung	35 %
Erfahrung in Planung von Radverkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg, Fachkunde der aktuellen Regelwerke und Standards zur Radverkehrsinfrastruktur in Deutschland und Nachbarländern sowie der Diskussion zur Weiterentwicklung der Regelwerke, Kenntnis der Situation des Radverkehrs sowie der Verkehrsverhältnisse in Baden-Württemberg, Inhaltliches und gestalterisches Konzept für die Erstellung des Gesamtdokumentes	

Die Preisbewertung erfolgt wie folgt: Es wird der Mittelwert aller Angebote ermittelt. Dieser Mittelwert erhält (jeweils für Preis und Optionen) die halbe Punktzahl. 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot mit dem 1,5-fachen des Mittelwertes. Die volle Punktzahl erhält ein fiktives Angebot mit dem 0,5-fachen Preis des Mittelwertes. Alle Angebote mit darüber oder darunterliegenden Preisen erhalten ebenfalls 0 bzw. alle Punkte. Die Punkteermittlung für die dazwischenliegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation gerundet auf volle Punktzahl.

3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote sind nicht zulässig. Änderungsvorschläge im Rahmen der zusätzlichen Empfehlungen des Dienstleisters (siehe Kalkulationsblatt) sind zulässig.

3.6 Erstattung von Aufwendungen

Aufwendungen, die bei der Angebotserstellung und im weiteren Verlauf des Ausschreibungsvorgangs entstehen, werden nicht erstattet.

4. Formale Anforderungen an die Angebote

4.1 Abgabe in deutscher Sprache

Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen, inklusive aller geforderten Nachweise und Erklärungen, in deutscher Sprache abzufassen. Ausländische Schriften müssen neben dem Original auch eine deutsche Übersetzung der Nachweise und Erklärungen beilegen. Hierfür entstehende Kosten sind vom Bieter zu tragen. Die Bieter tragen die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise und Erklärungen.

4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)

Das Angebot muss folgenden Inhalt umfassen, dabei ist die nachfolgende Gliederung im Angebot einzuhalten:

Teil 1:

- Angebotsschreiben des Bieters mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift. Das Angebot einer Bietergemeinschaft muss von allen an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen rechtsverbindlich unterschrieben sein. Fehlt die Unterschrift eines Mitgliedes, so liegt kein rechtsverbindliches Angebot der Bietergemeinschaft vor. Das Angebot ist in einem solchen Fall von der Wertung auszuschließen. Kommt jedoch einem Mitglied aufgrund eines rechtsgültigen Gesellschaftsvertrages zum Zeitpunkt der Angebotseröffnung Alleingeschäftsführerbefugnis zu oder ist er aufgrund entsprechender Erklärung aller Bieter für alle bevollmächtigt, so genügt die Unterschrift dieses Mitglieds. Die Alleingeschäftsführerbefugnis ist in diesem Fall nachzuweisen.
- Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners für das Vergabeverfahren (Name, Anschrift, Telefonnummer und Email-Adresse) gemäß Anlage.
- Bestätigung der Bindefrist gemäß Anlage.
- Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass sein Angebot in allen Punkten den Forderungen der Leistungsbeschreibung entspricht und die Regelungen dieser Verdingungsunterlagen von ihm uneingeschränkt akzeptiert werden.

- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er sich zur Einhaltung allgemeiner Verschwiegenheit und Vertraulichkeit hinsichtlich der durch die Leistungserbringung erworbenen Informationen verpflichtet.
- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er mit Erhalt der vereinbarten Vergütung alle Urheberrechte aus der erbrachten Leistung und die Nutzungsrechte daran an das Verkehrsministerium überträgt.
- Abgabe einer Mindestentgelterklärung gem. § 4 Abs. 1 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG), gemäß Anlage, ggf. von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und von Subunternehmern.
- Angaben zur Bietergemeinschaft; vergleiche Teil A Kapitel 5.4
- Angaben zu Subunternehmern; vergleiche Teil A Kapitel 5.5

Teil 2: Nachweis der Eignung

- Eigenerklärungen, wie im Einzelnen in Teil A Kapitel 5.1 bis 5.6 gefordert (beachte Anlage).
- Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, vgl. Teil A Kap. 5.2.
- Zu erbringende Nachweise über die Referenzen, vgl. Teil A Kap. 5.3.

Teil 3: Leistung

- Der Auftraggeber wird gebeten, ein **Angebot** abzugeben.
- **Erläuterungen zum Angebot:**
Der Bieter soll die angebotene Leistung gemäß Teil B erläutern. Diese wird qualitativ bewertet, vgl. Kap. 3.4.
- **Kalkulationsblatt:** Die Verwendung des beigefügten Kalkulationsblattes zur Darlegung des Angebots ist zwingend.
Die dargelegten Arbeitspakete sind Kalkulationsgrundlage, um die Leistungen der Bieter vergleichen zu können. Die Bieter tragen ihr Angebot daher bitte in das beigefügte Kalkulationsblatt ein. Außerdem sind im Kalkulationsblatt die Kosten für optionale Zusatzleistungen einzutragen.
- Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners und der für die Projektleitung vorgesehenen Person (inkl. einer Übersicht über berufliche und fachliche Erfahrungen) sowie der weiteren vorgesehenen Projektmitarbeiter.
- Die Stunden- und Tagessätze des Bieters sind dazu – vorsorglich – anzugeben.
- Alle Preise sind netto in Euro anzugeben.

4.3 Vollständigkeit des Angebotes

Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Das Angebot muss die Preise und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Erklärungen, Nachweise und Angaben (erforderlichenfalls mit den deutschen Übersetzungen) enthalten. Fehlende oder unvollständige Nachweise und Erklärungen können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Summe der Einzelposten oder des Produktes von Mengenansatz und Einheitspreis, so sind die Einheitspreise und Einzelpositionen maßgebend.

4.4 Bindefrist

Die Bindefrist läuft bis **31.01.2022**. Bis zum Ablauf dieses Datums ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern und Bietergemeinschaften, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung

5.1 Ausschlussgründe

Zur Prüfung der Eignung muss der Bieter gemäß Anlage erklären, ob die unter §§ 123 und 124 GWB genannten Fälle auf ihn zutreffen und inwiefern eine Selbstreinigung nach § 125 GWB vorliegt. Der Auftraggeber kann hierzu geeignete Nachweise nachfordern.

Des Weiteren können Bieter ausgeschlossen werden, die im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren werden Bieter ausgeschlossen, die aufgrund eines der in Artikel 57 Absatz 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Gründe rechtskräftig verurteilt worden sind.

5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Zur Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bieters hat dieser den Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, aus dem auch die

Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse hervorgehen, mit einzureichen. Falls durch einen Bieter kein eigener Geschäftsbericht herausgegeben wird, ist die Vorlage des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und ggf. des Lageberichts) sowie eine Erklärung über die aktuellen Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse ausreichend. Diese Unterlagen sind zwingend für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vorzulegen.

5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit

Zur Beurteilung der für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung erforderlichen Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit sind vom Bieter Referenzen über bisher erbrachte Leistungen vorzulegen. Die Referenzen sollen aufzeigen, dass der Bieter fundierte fachliche Kenntnisse und vielfältige praktische Erfahrungen im Bereich Radverkehrsinfrastruktur nachweisen kann. Seine Kenntnisse müssen es ihm erlauben, die zentralen Fachfragen auf dem aktuellsten Stand der Erkenntnisse orientiert an den Zielen des Landes zu bearbeiten und für unterschiedliche Ausgangsbedingungen in Baden-Württemberg angepasste Lösungen zu entwickeln.

5.4 Bietergemeinschaften

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft in ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall organisatorisch geregelt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Die entsprechende Vollmacht ist dem Angebot beizufügen. Darüber hinaus ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die oben genannten Nachweise müssen für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Bei der Beurteilung der Eignung einer Bietergemeinschaft wird die Bietergemeinschaft als Ganzes beurteilt. Die Bildung einer Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

5.5 Subunternehmer

Der Auftragnehmer ist berechtigt, Teile der Leistung durch Dritte (Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer hat daher in seinem Angebot Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Subunternehmer übertragen will. Die Subunternehmer sind zu benennen bzw. bekannt zu geben.

Die Beauftragung von Subunternehmern nach Zuschlagserteilung ist nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der

Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen zu verfahren.

Unternehmen, die sich mehrfach – sei es als einzelnes Unternehmen, Mitglied einer Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer – an diesem Vergabeverfahren beteiligen, können wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden.

5.6 Nachweise

Der Auftraggeber behält sich vor, die bei Abgabe des Angebots nicht vorliegenden bzw. nicht den Anforderungen entsprechenden Dokumente zum Nachweis der Eignung nach Kapitel 5.1 bis 5.5 unter Fristsetzung von den Bietern nachzufordern. Sollte ein Bieter der Nachforderung nicht fristgerecht nachkommen, kann dieser Bieter vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Teil B: Leistungsbeschreibung

6. Ausgangslage

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg ist eine Steigerung des Radverkehrsanteils auf 20 Prozent bis 2030 vorgesehen. Dafür müssen die bisherigen Anstrengungen zur Förderung des Radverkehrs deutlich intensiviert werden. Wichtige Etappen für die Radverkehrsinfrastruktur sind deshalb die Umsetzung des Zielzustands im RadNETZ BW und dessen Fortentwicklung sowie die Verwirklichung von mindestens 20 Radschnellwegen bis 2030.

Das RadNETZ BW ist ein flächendeckendes, durchgängiges Netz alltagstauglicher Fahrradverbindungen zwischen Mittel- und Oberzentren entlang der wichtigsten Siedlungsachsen in Baden-Württemberg. Das RadNETZ hat eine Länge von ca. 7.000 Kilometern über die ca. 700 Kommunen an das Netz angeschlossen sind. In dieses Netz sind auch die touristischen Landesradfernwege integriert. Bei der Auswahl der Strecken wurden besonders die Bedürfnisse der im Alltag Radfahrenden berücksichtigt und auf eine sichere Führung geachtet. Ergänzt wird das RadNETZ Baden-Württemberg durch die Radverkehrsnetze der Landkreise sowie der Städte und Gemeinden.

Aktuell gibt es im RadNETZ BW die Qualitätsstandards für den Alltagsradverkehr "RadNETZ Startstandard" und "RadNETZ Zielstandard", sowie im touristischen Bereich den "Landesradfernweg Bestand" und "Landesradfernweg Zielstandard". Zusätzlich gibt es die beiden Qualitätsstandards "Radschnellverbindung" und "Radschnellverbindung reduziert".

Die Qualitätsstandards für das RadNETZ BW stammen aus dem Jahr 2016, die zugehörigen Musterlösungen wurden zuletzt im Jahr 2017 aktualisiert. Seitdem hat das Land Baden-Württemberg zudem Standards und Musterlösungen zu Radschnellverbindungen veröffentlicht, die bereits in einem separaten Prozess aktualisiert werden. Die entsprechenden Dokumente werden zentral hier angeboten: www.aktivmobil-bw.de/fachwissen/downloads. (steht z.Zt noch aus).

Die heutigen RadNETZ BW Standards und Musterlösungen decken nicht alle in der Realität vorkommenden Infrastruktursituationen ab, die in den Jahren seit 2016 entwickelten Lösungen sind größtenteils noch nicht enthalten. In den letzten Jahren gab es in zahlreichen Regelwerken Aktualisierungen. Neben bundesweiten Regelungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Radverkehrsinfrastruktur sollen in Baden-Württemberg ggf. weiterführende Standards festgelegt werden.

Die Radverkehrsinfrastruktur stößt derweilen teilweise bereits an ihre Kapazitätsgrenzen, obwohl der angestrebte Radverkehrsanteil von 20 Prozent in Baden-Württemberg noch längst nicht erreicht wurde. Die zunehmende Verbreitung von schnellen Pedelecs und breiten Lastenrädern erhöht die Anforderungen an die Infrastruktur seit einiger Zeit zudem deutlich. Dies erfordert eine Weiterentwicklung der Standards. Den für die Radverkehrsinfrastruktur Verantwortlichen soll aufgezeigt werden, wie Verbesserungen der Infrastruktur, die der Leichtigkeit und Attraktivität des Radverkehrs dienen, auch über die bisherigen Mindeststandards hinaus, vorgenommen werden können und wie sich typische Fehler der Radverkehrsinfrastrukturplanung vermeiden lassen.

Im Laufe des Jahres 2022 sollen die neuen Qualitätsstandards zusammen mit weiteren Standards, Musterlösungen und Informationsdokumenten insbesondere zu Bau und Betrieb zu einem leicht aktualisierbaren Gesamtdokument „Radverkehrsinfrastruktur Baden-Württemberg“ zusammengefasst und veröffentlicht werden.

7. Arbeitspakete

Der Auftrag wird in folgende nach Arbeitspaketen (AP) untergliedert vergeben. Alle Arbeitsschritte sind in enger Abstimmung mit dem AG (Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg) durchzuführen.

AP 1: Projektsteuerung

Der Auftragnehmer (AN) ist für die komplette Projektsteuerung verantwortlich. Mindestens die folgenden Bestandteile werden vom AN erwartet:

Umfassende Planung der gesamten Maßnahme und sorgfältige Umsetzung des Projekts, u.a. mit:

- Beratung des AG und enge, regelmäßige Abstimmungen mit dem AG per Telefon, E-Mail oder Videokonferenz.
- Besprechungen (u.a. Startgespräch sowie Austausch bzgl. Rechercheergebnissen, um die Vorschläge zur Aktualisierung sowie Neugestaltung des Qualitätsstandards zu diskutieren) mit dem AG digital sowie beim AG in Stuttgart einschließlich Vor- und Nachbereitung sowie der Protokollierung (Kalkulationsgrundlage sind jeweils zwei ganztägige und zwei halbtägige Termine).
- Zeit- und Budgetplanung, Tätigkeitsendbericht, ggf. unterjährig Berichte für die Abrechnung.
- Option: Kosten je weiteren ganz-/halbtägigen Besprechungstermin, unterschieden in Präsenztermin im Ministerium in Stuttgart und als Videokonferenz.

- Option: Kosten je Präsentationstermin der neuen Qualitätsstandards und Musterlösungen im Rahmen von Fachveranstaltungen (z.B. bei AGFK-Seminaren, Dienstbesprechungen, Konferenzen etc.), unterschieden in Präsenztermin in Baden-Württemberg und als Videokonferenz.
- Option: Kosten auf Stundenbasis für Nachfragen zu fertiggestellten Inhalten der Standards und Musterlösungen (durch den AG, bzw. durch den AG weitergeleitet).

Im Angebot sind die vorgeschlagenen Steuerungsinstrumente für die Zusammenarbeit zwischen Auftragnehmer und VM sowie zur Abbildung der Projekt- und Budgetstände zu skizzieren und im Sinne einer Pauschale zu kalkulieren. Zusätzlich sind jeweils die Optionen zu kalkulieren.

AP 2: Empfehlungen zu Aktualisierung und Weiterentwicklung der Standards

- Überprüfung neuer oder aktualisierter Regelwerke bzw. Wissensdokumente (ERA, HaRAS 02, RAL, StVO, VwV-StVO, BNatSchG (geändert durch Insektenschutzgesetz vom 18.08.2021) bzw. NatSchG BW, H RSV, H BeRad etc.), vergleichbarer Standards für Radverkehrsinfrastrukturen aus anderen Bundesländern und Staaten (z.B. Hessen, Großbritannien, Niederlande, Vorarlberg etc.), sowie der aktuellen Forschung (z.B. zu Einsatzbereichen neuer Instrumente wie Protected Bike Lanes, Schutzstreifen außerorts, Piktogramm-Ketten etc.) sowie die Anpassung des Standards RadNETZ Landesradfernwege an die ADFC-Qualitätsstandards zur Klassifizierung für ADFC-Qualitätsradrouten.
- Überprüfung der Musterlösungen, ob diese StVO konform sind (Markierungen, Farbgebung der Markierung, Beschilderung, Piktogramme etc.) und ob sich insbesondere aus der StVO-Novelle Änderungsbedarf ergibt.
- Interviews mit ausgewählten Stakeholdern bzgl. Änderungsbedarfe und bisheriger RadNETZ-Umsetzungserfahrungen bei der Anwendung der Standards RadNETZ (insbesondere Vertreter der vier Regierungspräsidien, AGFK-BW, auszuwählenden RadNETZ-Kreiskoordinatoren, der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Verbänden, VM-intern, Verkehrsbehörden und der Polizei).
- Prüfung der Einbeziehung weiterer Faktoren wie der Zeitverluste, der Qualitätsbewertung ("Hinweise zur einheitlichen Bewertung von Radverkehrsanlagen" H EBRA) und der Einführung von Qualitätsstufen. Entwicklung von Vorschlägen zur Integration in die Standards.

Es bedarf einer geeigneten Dokumentation der aus der Analyse heraus geprüften Punkte sowie eine begründete Empfehlung zu inhaltlicher und gestalterischer Aktualisierung und

Weiterentwicklung der vorhandenen Qualitätsstandards und Musterlösungen. Im Angebot ist im Sinne einer Pauschale zu kalkulieren.

AP 3: Aktualisierung und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards Radverkehrsinfrastruktur Baden-Württemberg

Die RadNETZ BW Qualitätsstandards sollen entsprechend der neuesten Erkenntnisse aus AP2 hinsichtlich Verkehrssicherheit, Attraktivität, Technik und Umweltverträglichkeit weiterentwickelt werden. Der Zielkonflikt zwischen Sicherheit/Attraktivität einerseits und Umweltverträglichkeit (insbes. Lichtverschmutzung, aber auch Flächenverbrauch) andererseits muss dabei bewältigt werden. Akteuren soll Klarheit vermittelt werden, was die Mindestanforderungen seitens des Landes Baden-Württemberg sind. Planungsexperten vor Ort sollen dennoch angepasste Lösungen, die über die Mindeststandards hinausgehen, umsetzen können.

Zukünftig sollen bei den Standards und Musterlösungen für die Radverkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg generell drei Klassen zur Anwendung kommen:

- Basisstandard entsprechend der vier vorhandenen Kategorien (bisher RadNETZ-Standards)
- Erweiterter Standard
- Standard Radschnellverbindungen

Die derzeit in einem vorgezogenen Prozess in Überarbeitung befindlichen Qualitätsstandards Radschnellverbindungen des Landes sollen inhaltlich übernommen werden.

Aufgrund der komplexen Abstimmungsprozesse innerhalb der Landesregierung ist mit mehreren Freigabe- und Änderungsschleifen zu rechnen, dies ist in der Angebotserstellung preislich zu berücksichtigen. Drei solcher Schleifen sind in der Pauschale zu kalkulieren, weitere als Option.

AP 3.1: Erstellung Qualitätsstandards „Basisstandard“ (überarbeiteter RadNETZ-Standard)

- Aktualisierung und Weiterentwicklung der aktuellen Qualitätsstandards RadNETZ BW auf Grundlage der Empfehlung aus AP2
- Überführung der aktualisierten bzw. weiterentwickelten Qualitätsstandards RadNETZ BW (RadNETZ Startstandard, RadNETZ Zielstandard, Landesradfernwege Zielstandard) vom 2016er Layout in das neue Layout-Format (siehe aktualisierte Qualitätsstandards für Radschnellverbindungen, Stand 2021),
- Überprüfung auf Konformität mit der StVO

AP 3.2: Entwicklung eines neuen „erweiterten Standards“ für Radverkehrsinfrastruktur

Strecken mit dem erweiterten Standard sollen hochwertige Verbindungen im Radverkehrsnetz sein und bedeutende Quell-Ziel-Potentiale im Alltagsradverkehr abschöpfen. Ihr Potential liegt zwischen dem einer Radverkehrsinfrastruktur nach Basisstandard und dem einer Radschnellverbindung.

- Entwicklung der Qualitätsstandards „erweitert“ auf Grundlage der Empfehlung aus AP2, ausgehend vom bisherigen Standard „Radschnellverbindung reduziert“
- Benennung Einsatzkriterien (z.B. im Ländlichen Raum, wenn keine Radschnellverbindung möglich ist, Mindestpotenzial etc.)
- Umsetzung und Integration in das Gesamtdokument
Namensfindung, bzw. Namensabwägung der bisherigen Arbeitstitel „RadNETZ Plus“/ „erweiterter Standard“
- Überprüfung auf Konformität mit der StVO

AP 3.3: Entwicklung eines Standards für bauliche Umsetzung

Die neuen Qualitätsstandards für Radschnellverbindungen (2021) werden bereits erste Informationen für die bauliche Umsetzung enthalten, weitere sollen für andere Radverkehrsinfrastrukturen entwickelt werden. Orientiert werden soll sich am aktuellen Stand der Technik, zu berücksichtigen dabei sind u.a.

- Anforderungen an den Oberbau und die Ebenheit der Fahrbahnoberfläche
- Berücksichtigung von Zeitverlusten und die Gestaltung von Knotenpunkten
- Sichere Trennung von anderen Verkehrsträgern
- Bedarfsempfehlung für Beleuchtung (unter Berücksichtigung der Vorgaben des Naturschutzrechts)
- Möglichkeiten zur Umsetzung von Markierungen, Piktogrammen, Einfärbungen sowie der Beschilderung, Überprüfung auf Konformität mit der StVO
- Umsetzung von Nullabsenkungen (auch im Bestand)
- Umsetzung von Barrierefreiheit für den Fußverkehr ohne Komfortverlust für den Radverkehr
- etc.

AP 3.4: Entwicklung von Anforderungen für Unterhaltung

Radverkehrsinfrastruktur soll ganzjährig in hohem Maße gut nutzbar sein, insbesondere die Verkehrssicherheit und die Leichtigkeit des Verkehrs müssen gewährleistet sein. Dabei ist ein

entsprechendes Anforderungsniveau in Abhängigkeit des Radverkehrsaufkommens und der Netzbedeutung zielführend.

- Definition von Aufgabenbereichen (z.B. bauliche Unterhaltung, Streckenwartung, ökologisch orientierte Grünpflege, Wegeausstattung, Reinigung, Winterdienst etc. und Ausarbeitung von Empfehlungen für Umsetzung und Intervall der jeweiligen Instandhaltungsaufgaben).
- Abstimmung und Formulierung des Standards Unterhaltung abhängig von der Wegekategorie, differenziert zwischen „Muss-“, „Soll-“ und „Kann-“ Anforderungen.

AP 4: Aktualisierung/Anpassung/Ergänzung der „Musterlösungen für Radverkehrsanlagen in Baden-Württemberg“

- Überprüfung und Aktualisierung der bestehenden Musterlösungen für Radverkehrsanlagen (Stand 11/2017) an die neuen Qualitätsstandards, bzw. Korrektur sonstiger Auffälligkeiten nach deren Durchsicht (z.B. auch langsamere Netzteile für die Bedürfnisse stärker schutzbedürftiger Verkehrsteilnehmer (Kinder und Jugendliche) etc.).
- Neuerstellung von zehn neuen Musterlösungsblättern für den „Basisstandard“
- Erstellung eines vollständigen Satzes von Musterlösungen für den „erweiterten Standard“
- Überprüfung auf Konformität mit der StVO
- Erstellung von zehn „Anti-Musterlösungen“/Worse Practices (z. B. Schutzstreifen ohne Trennstreifen zum Ruhenden Verkehr, schlechte Umsetzungen bei Kreisverkehrsführung etc.)

Der fixe Teil von AP4 ist im Sinne einer Pauschale zu kalkulieren.

Option: Darüber hinaus sind die Kosten für die Erstellung von je fünf weiteren Musterlösungen / Anti-Musterlösungen anzugeben.

AP 5: Zusammenführung der RadNETZ Qualitätsstandards, Musterlösungen etc. in einem Gesamtdokument

- Zusammenführung der Dokumente aus den anderen APs (überarbeitete und neue Qualitätsstandards RadNETZ BW, inkl. den Standards und Musterlösungen für Radschnellverbindungen, Musterlösungen für Radverkehrsanlagen in Baden-Württemberg und der „Anti-Musterlösungen“/Worse Practice Beispiele) in einem Gesamtdokument „Radinfrastruktur Baden-Württemberg“.

- Das Gesamtdokument soll wie eine Loseblattsammlung für DIN A4 Aktenordner konzipiert sein, die es ermöglicht einzelne Blätter und weitere ganze Standards/Musterlösungen mittels Ergänzungslieferungen hinzuzufügen, bzw. vorhandene Blätter ggf. auch leicht zu aktualisieren.
- Erstellung der Loseblattsammlung (inkl. einfacher Nutzungshinweise vergleichbar ähnlicher Produkte) druckreif im PDF-Format sowie in einem einfach bearbeitbaren offenen Dateiformat.
- Konzeption und während der Vertragslaufzeit auch Führung eines einfachen Aktualisierungsprotokolls der Loseblattsammlung mit Hinweisen zu Ergänzungslieferungen.

Im Angebot ist die Zusammenführung im Sinne einer Pauschale zu kalkulieren.

Der Steuerungsbedarf für einen weiteren Auftrag des AG mit einem Kommunikationsdienstleister, der die Loseblattsammlung „Radinfrastruktur BW“ ggf. druckt und entsprechende Aktenordner im Land verteilt, ist als Option zu kalkulieren.

AP 6 (Option): Fortlaufende Aktualisierung der Qualitätsstandards und des Gesamtdokuments

Fortlaufende Aktualisierungen der Standards bei weiteren Änderungsbedarfen auf Grund von Änderungen in relevanten Regelwerken bzw. auf Wunsch des AG für vier Jahre ab Vertragsbeginn.

- Halbjährliche systematische Überprüfung, ob aufgrund von Aktualisierungen der Gesetze, Verordnungen, Regelwerke, neuen Erkenntnissen oder anderen Veränderungen eine Anpassung von Standards und Musterlösungen erforderlich ist.
- Umsetzung und Abstimmung der notwendigen Änderungen. Hierbei sind die Kosten je Änderung bei Standards / Musterlösungen anzugeben.

AP 7 (Option): Fortlaufende Aktualisierung Best Practice Beispiele

- Prüfung und ggf. Anpassung Best Practice Beispiele (Stand 2021, mit je einem Best Practice pro bisheriger Musterlösung) in Bezug auf die neu erstellten Qualitätsstandards (Pauschale).
- Für die optionale Neuerstellung weiterer Best Practice Beispiele (für Basisstandard und insb. den erweiterten Standard (vgl. AP 3.2)) bitten wir um pauschale Preisnennung für jeweils zwei Beispiele, angelehnt an den bisherigen Stil für Best Practice Beispiele.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Kalkulationsblatt in Excel (siehe gesondert)
Anlage 2 und 3	Besondere Vertragsbedingungen und Muster für Tariftreueerklärung (siehe gesondert bei Vordrucken)
Anlage 4	Vordruck für Erklärungen in Vergabeverfahren (Kapitel 4.2 Teil 1 und Kapitel 5.1) (siehe gesondert bei Vordrucken)